

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 14. April 2008,**  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **39. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.03 Uhr.

Ende der Sitzung: 16.37 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 38. Sitzung des Gemeinderates vom 13.03.2008 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer
2. Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Friedrich Ganzert                      Silvia Huber

Gemeinderäte:

Hannelore Aigner	Gertrude Aitzetmüller	Raimund Buttinger
Werner Forstinger	KommR. Günther Gausch	Klaus Hoflehner
Mag. Bernhard Humer	Claudia Hüttmayr-Punkenhofer	Rupert Leitner
Brigitte Lindlbauer	Mag. Petra Lipp	Helga Maitner
Petra Müllner	Johann Reindl-Schwaighofer	Mag. Klaus Schippani
Karl Schönberger	August Tesarsch	Barbara Wildfellner

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Ploier-Niederschick

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Roland Strassl

Gemeinderäte:

Mag. Karl-Georg Holter	Dir. Mag. Josef Hora	Ing. Martina Kreisel
Herbert Pernkopf	Brigitte Wartinger	Andreas Weidinger
Markus Wiesinger		

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Dr. Bernhard Wieser

Gemeinderäte:

Willibald Baumgartner	Gerhard Kroiß	Ing. Wolfgang Matzinger
Dr. Andreas Rabl		

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Herbert Anreitter	Theresia Landauer	Mag. Michael Springer
-------------------	-------------------	-----------------------

### **Vom Magistrat:**

MDSStv. SenR. Dr. Bernd Spitzer  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schriftführer:**

W.OAR. Johann Höpfl  
Birgit Mickla

### **Entschuldigt:**

(niemand, alle Mandatäre anwesend)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 08.04.2008 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Mitteilungen des Bürgermeisters

- a) Messeveranstaltung „Blühendes Österreich“; Dank an die Mitarbeiter der Stadtgärtnerei:

Bgm. Dr. Koits: Ich möchte diese Gelegenheit nützen, um den Mitarbeitern unserer Stadtgärtnerei Dank und Anerkennung für jene Leistungen auszusprechen, die sie anlässlich der Messeveranstaltung „Blühendes Österreich“ vom 4. bis 6.4.2008 erbrachten. Sie haben meines Erachtens wieder einmal eine Gartenlandschaft förmlich hingezaubert, die wirklich eine erstklassige Qualität darstellte.

Insgesamt hat sich diese Veranstaltung eines regen Besucherinteresses erfreut, wobei ich überhaupt sagen möchte, dass diese Veranstaltung als großer Erfolg gesehen werden kann. Es gab somit nicht nur von den Besuchern, sondern auch von den Ausstellern her Bekundungen großer Zufriedenheit.

Besonders hervorzuheben ist, dass die Caravan-Ausstellung als große Bereicherung dieser Veranstaltung empfunden wurde und ich sehr zuversichtlich bin, dass diese Ausstellung, die im Oktober als eigene Messeveranstaltung kommt, ein großer Erfolg sein wird.

- b) Integration; Veranstaltung im Linzer Ursulinenhof:

Bgm. Dr. Koits: Am Freitag letzter Woche fand nachmittags im Linzer Ursulinenhof eine große Veranstaltung zum Thema Integration statt. Es wurde dort das Leitbild des Landes Oberösterreich zum Thema Integration diskutiert.

Ich werde mir erlauben, den einzelnen Fraktionen des Gemeinderates jeweils ein Exemplar dieses Leitbildes zu übermitteln. Sie können damit auch entsprechende Vergleiche zu unserem Maßnahmenkatalog herstellen und sie werden sehen, dass sich sehr viele Maßnahmen oder Vorschläge decken.

## Aktuelle Stunde

### Leerstehung der Innenstadtgeschäfte:

Bgm. Dr. Koits: Mir wurde von den Freiheitlichen ein Antrag zur Abhaltung einer „Aktuellen Stunde“ übergeben, nämlich zum Thema „Leerstehung der Innenstadtgeschäfte“.

Ich ersuche also um einen Beitrag zu diesem Thema.

GR. Dr. Rabl: Zu Beginn meiner Ausführungen darf ich mich dem zuerst geäußerten Lob an die Mitarbeiter der Stadtgärtnerei anschließen, insbesondere gilt dieses Lob auch dem zuständigen Referenten.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Ja, das ist der Hochhauser!

GR. Dr. Rabl: Sag ich doch! Man muss die politische Verantwortung auch einmal beim Namen nennen. Es ist wichtig zu erwähnen, dass es dafür auch eine politische Verantwortung gibt.

Wenn ich aber jetzt zum Thema dieser „Aktuellen Stunde“ komme, darf ich festhalten, dass es in Wels ein Problem gibt, und zwar schon seit vielen Jahren. Es sind das die immer weiter zunehmenden Leerstehungen in Wels. Jeder, der durch Wels geht, kann selbst klar erkennen, dass ein Geschäftslokal um das andere leer wird. Da werden Plakate draufgeklebt – wo man sich wegen einer Anmietung hinwenden kann – allerdings bleibt das ohne besondere Wirkung. Und es verschlechtert sich dieser Eindruck in Bezug auf Leerstehungen immer mehr bzw. haben manche den Eindruck, als würden sie in manchen Gassen förmlich durch eine Geisterstadt gehen.

Es ist das ein Problem, das der seinerzeitige Vizebürgermeister Stieger schon im Jahr 1996 erkannte. Getan hat er dagegen allerdings nicht sehr viel. Er sagte zwar, dass es regelmäßig einen Wirtschaftsbericht geben soll, um zu dokumentieren, welche Probleme es gibt und wie man darauf reagieren sollte, aber im Ergebnis ist eigentlich nichts passiert, das heißt, die Situation hat sich eher noch verschlechtert. In diesem Zusammenhang ein Wort an den Herrn Vizebürgermeister Ploier. Es wäre sinnvoll, einen derartigen Wirtschaftsbericht, wie im Jahr 1996 beschlossen, jährlich vorzulegen. Für die letzten fünf oder sechs Jahre hat es sicher keinen gegeben, für die Zeit davor kann ich es nicht genau sagen. Ich möchte anregen, so etwas vielleicht doch wieder zu machen.

Tatsache ist, dass sich am Problem selbst nichts änderte. Es gibt jedoch mittlerweile Analysen, die besagen, dass bereits drei Viertel des gesamten Einzelhandelsumsatzes außerhalb des Stadtkerns erwirtschaftet werden, Tendenz stark steigend. Und es gibt Analysen, die deutlich besagen, dass die Innenstadt, insbesondere bei einer mittelfristigen Bedarfsprüfung massiv verliert.

Dagegen unternommen wurde bisher leider viel zu wenig. Die Förderungen, die es im Zuge der „Agenda Kernzone“ gibt, greifen nicht bzw. ist die Zahl der Anträge rückläufig. Ich vermisse eine Überarbeitung dieser Förderungsrichtlinien. Gerade jetzt im Frühling und im nahen Sommer würde ich mir erwarten, dass es insbesondere im Innenstadtbereich zu einer erhöhten Aktivität kommt, auch zu einer Überarbeitung diverser

Dinge. Da reicht es halt nicht, einen Workshop mit diversen Gurus abzuhalten, die einem sagen, wie es gehen könnte, vielmehr gehörten konkrete Maßnahmen ergriffen. Diese Maßnahmen fehlen jedoch, sie fehlen auch den Kaufleuten und insgesamt der Stadt Wels. Wenn ich wirklich eine Stadt schaffen will, die einerseits gemütlich ausschaut, andererseits Leben ausstrahlt, dann muss ich schnell etwas machen. Wenn ich nicht wirklich schnell etwas mache, dann werden die Leute den Eindruck, den sie derzeit bekommen, mitnehmen. Das fände ich traurig, denn der Eindruck, der wahrscheinlich mitgenommen wird, ist jener einer Stadt, die runtersandelt. Solch ein Zustand sollte uns wirklich nicht passieren. Und es sollte massiv Geld in die Hand genommen werden, um eine Verbesserung zu erreichen. Das, was derzeit getan wird, ist jedenfalls zu wenig und ich ersuche deshalb darum, möglichst rasch Schritte einzuleiten.

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Zunächst einmal, Kollege Rabl, etwas zu diesem eingeforderten jährlichen Wirtschaftsbericht. Deine heutige Stellungnahme zu diesem Thema zeigt, dass ihr offensichtlich nicht informiert seid oder dass ihr Informationen einfach ignoriert. Es gibt nämlich sehr wohl regelmäßige Berichte über diverse Wirtschaftskennzahlen der Stadt Wels, die auch publiziert werden.

Zwischenruf GR. Dr. Rabl: Wo?

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: Wir haben es uns in Wels auch zur Gewohnheit gemacht, dass wir alle fünf Jahre eine Handelsstudie in Auftrag geben, die CIMA-Studie, benannt nach der Gesellschaft, die das erhebt. Damit werden diverse Kennzahlen dokumentiert und wir wissen im Vergleich der letzten Jahre, wohin gewisse Entwicklungen führen.

Die letzte CIMA-Studie datiert aus dem Jahr 2007 und es bescheinigt diese der Stadt Wels ausgezeichnete Wirtschafts- und Handelszahlen. Seit der letzten Umfrage konnte die Kaufkraft neuerlich gesteigert werden, nämlich auf 725 Mio. Euro. Die Kaufkraftbindung an Wels beläuft sich auf 95 %. Mit dieser Studie wurde auch ganz genau erhoben, wo für Wels die Einzugsgebiete liegen.

Kurz und gut, wir haben einen Statusbericht erarbeiten lassen, damit wir wissen, wohin die Wirtschaftspolitik der Stadt Wels in Zukunft gerichtet sein soll.

Eines ist ganz wichtig – das kann man nicht wegdiskutieren – nämlich dass diese Studie klar und deutlich aufzeigt, dass seit der letzten Erhebung vor fünf Jahren der Umsatz im Bereich der Innenstadt um rund 14 Prozent zurückgegangen ist. Dieser Verlust konnte aber durch die peripheren Einkaufszentren sehr wohl abgefangen werden.

Wir haben – und deshalb wundert es mich umso mehr, dass das heute zum Thema gemacht wurde – aufgrund der Schlussfolgerungen, die in der CIMA-Studie gezogen wurden, einen Maßnahmenkatalog erarbeitet und die Stadt Wels hat in ordentlicher Weise zusätzliche finanzielle Mittel für die Budgetjahre 2008 und 2009 zur Verfügung gestellt, um diesem Trend von Frequenzeinbußen im Bereich des Handels in der Innenstadt entgegenwirken zu können.

Was insgesamt dieses die Innenstädte betreffende Phänomen betrifft, sei angemerkt, dass wir in Wels nicht eine einsame Insel darstellen. Somit ergeht es nicht nur der Stadt Wels in dieser Weise, sondern praktisch allen vergleichbaren Städten. Es bestätigt uns

aber andererseits diese CIMA-Studie, dass wir im Vergleich zu anderen Städten noch immer hervorragend liegen.

Dieser Maßnahmenkatalog, von dem ich zuerst sprach, umfasst eben verschiedenste Maßnahmen unter dem Arbeitstitel „Agenda 012“. Damit sollen also verschiedene Schwerpunktmaßnahmen gesetzt werden. So sollen für den Bereich der Innenstadt die Förderungen, die sehr erfolgreich angenommen wurden, fortgesetzt werden. Wir reden davon, dass wir mit einem Förderungsvolumen von rund 140.000 Euro im letzten und vorletzten Jahr zusammen ein Investitionsvolumen von weit über 1 Mio. Euro allein in der Innenstadt auslösen konnten. Und angesichts dessen davon zu sprechen, dass die Fördermaßnahmen nicht greifen, das halte ich nicht für richtig.

Ich erwähne weiters das Naherholungsgebiet Traun. Wir sind also bemüht, diesen Teil von Wels näher an die Innenstadt heranzuführen. Das stellt so wie die Innenstadtneugestaltung und die Neukreation des Weihnachtsmarktes eine jener Maßnahmen dar, von der wir uns doch einiges erwarten.

Natürlich lassen sich diese Gesamtmaßnahmen nicht mit einem Federstreich darstellen oder umsetzen. Es lässt sich nicht einfach alles gleichzeitig umsetzen bzw. hat das zum Zweiten auch etwas mit der budgetären Situation zu tun. Darum haben wir uns Marksteine gesetzt bzw. einen Zeitraster entworfen, der in den entsprechenden Gremien kommuniziert wird und festlegt, was wir dann und wann tatsächlich anpacken wollen. Ein erster Schritt bestünde beispielsweise darin, die Marke „Innenstadt“, die wir zusammen mit den Innenstadtkaufleuten erarbeiteten, in die Umsetzung oder besser ins Gedächtnis der Leute bzw. der Kundschaft zu bringen.

Wenn man sich seitens der FPW uninformiert zeigt, bin ich gerne dazu bereit, die Dinge etwas näher zu skizzieren.

Unter dem Bereich „Wels Handel“, also die Innenstadt betreffend, haben wir vor, ein Leistungspaket zu entwickeln, und zwar mit einem klaren Leistungsaustausch. Damit meinen wir ein Gutscheinsystem, das Handy-Parken, das Cross-selling-Marketing, gemeinsame Qualitätsstandards, Veranstaltungen, Kompetenzerweiterung. Da gibt es konkrete Konzepte und Ansätze.

Weiters haben wir eine mittlerweile 121 Mitglieder umfassende Initiativgruppe von Kaufleuten gegründet, um entsprechende Initiativen, was das Handelsmarketing betrifft, zu setzen.

Dann schauen wir, dass sich die Marke entwickelt, umfassend Handel, Gastronomie und Dienstleistungen. Es soll die hohe Einkaufsqualität dargestellt werden und es wird Wert auf die Innenstadtgestaltung gelegt. Über allem soll stehen: Wels hat's in sich.

Darüber hinaus gibt es ein umfassendes Jahresprogramm, was Marketingmaßnahmen betrifft.

Das alles betrifft aber nur den Bereich der Innenstadt und an dieser Stelle zu sagen, man habe nichts gemacht und es werde nur in irgendwelchen Gremien gesprochen, dann halte ich das angesichts dieser umfassenden Maßnahmen, die wir beschlossen haben, für verwegen und populistisch. Ich würde dich genauso wie deine Fraktion bitten, dass man sich dieses Themas doch in etwas ernsthafterer Weise nähert und es

nicht bei polarisierenden oder populistischen Aussagen zu belassen. Dies auch, zumal ein Brief des Sprechers der Kaufleute der Innenstadt belegt – es haben alle unterschrieben – dass man diesen erarbeiteten Maßnahmen eindrucksvoll recht gibt bzw. diesen sehr positiv gegenübersteht; man bedankt sich ausdrücklich dafür.

Dabei halten wir selbstverständlich fest, dass es im Bereich der Innenstadt Probleme gibt, Leerstehungen von Geschäftslokalen. Es beschäftigt sich das Stadtmarketing aber auch sehr intensiv mit der sogenannten Tür-an-Tür-Arbeit. Wir haben für jede Gasse oder Straße ganz genau eine Auflistung, welches Geschäft mit welcher Quadratmeterzahl leersteht und ebenso ist aufgelistet, ob diese Geschäftsflächen verfügbar bzw. vermittelbar sind oder nicht. Auch die verlangten Preise haben wir festgehalten. Insgesamt stellte sich heraus, dass rund 10 Prozent der gesamten Geschäftsflächen laufend leerstehen und wir haben das mit anderen Städten verglichen. Bei diesem Vergleich liegen wir ebenfalls exzellent. Natürlich ist jede leerstehende Geschäftsnachteilig zu werten bzw. ist das insgesamt nicht gut, aber wenn davon gesprochen wird, dass die große Katastrophe ausgebrochen ist und dass wir dem allem tatenlos zuschauen, dann muss ich dies auf das Entschiedenste zurückweisen.

Bgm. Dr. Koits: Ein herzlicher Dank an den Referenten für die gute Vorbereitung zu diesem Thema bzw. zu den getroffenen Aussagen.

Nachdem – wie ich feststellen darf – keine weitere Wortmeldung zu diesem Thema vorliegt, nehmen wir einmal das Diskussionsergebnis in dieser Form zur Kenntnis.

### Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Es liegen uns heute drei Dringlichkeitsanträge vor und ich stelle fest, dass alle Anträge mit der entsprechenden Anzahl von Unterschriften versehen und fristgerecht eingebracht wurden.

### Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Nutzung erneuerbarer Energien und Erreichung des Passivhaus-Standards:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 1 beigefügten Dringlichkeitsantrag (samt Begründung) und fordert anschließend zur Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit auf.

GR. Dr. Rabl: Darf man denn nichts mehr zur Dringlichkeit selbst sagen?

Bgm. Dr. Koits: Natürlich! Wenn es gewünscht wird, kann man auch zur Dringlichkeit etwas sagen.

### Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

StR. Dr. Wieser: Meine Damen und Herren! Wenn sie jetzt genau zuhörten, was uns Bürgermeister Dr. Koits vorgetragen hat – den Inhalt des Antrages und die Begründung hierzu – und wenn sie sich sorgfältig den Amtsbericht zum heutigen Tagesordnungs-

punkt 6. durchgelesen haben, dann werden sie wahrscheinlich festgestellt haben, dass dieser Dringlichkeitsantrag fast zur Gänze abgeschrieben wurde, also nur in einigen Worten ein bisschen eine andere Formulierung aufweist.

Im Amtsbericht heißt es beispielsweise, dass sich die Stadt Wels seit 1997 schwerpunktmäßig mit der Umsetzung eines Energiesparkonzeptes befasste, wobei es erstmals im Jahr 2002 einen Energiebericht mit zusammenfassenden Auskünften über Maßnahmen der Stadt Wels gab.

Dann steht, dass im Bewusstsein des effizienten Einsatzes sowie der Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energie der Gemeinderat beschlossen hat, das Energiesparkonzept 1999 zu evaluieren.

Liest man auf der anderen Seite, was im Dringlichkeitsantrag steht, dann ist das eigentlich nichts anderes als eine Kurzfassung dessen, was wir unter dem Tagesordnungspunkt 6. heute noch beschließen werden. Dort steht im Beschlussantrag zum Beispiel Folgendes: „Die Magistratsabteilungen sind dabei in Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsmaßnahmen besonders dem Energie-Sparen, der Energieeffizienz sowie dem Einsatz erneuerbarer Energie verpflichtet.“ Also, was hat dieser Dringlichkeitsantrag noch für einen Sinn? Da erarbeiten des Langen und Breiten die Magistratsdienststellen einen Energiebericht, einen dazugehörigen Amtsbericht und auch noch Presseinformationen, die alles Mögliche beinhalten, nämlich zu einem Thema, das genau das beinhaltet, was sozusagen verknüpft auch in diesem Dringlichkeitsantrag steht .....

Bgm. Dr. Koits: Bitte, es geht jetzt um die Begründung der Dringlichkeit des Antrags und nicht um irgendwelche Inhalte dort oder da!

StR. Dr. Wieser: Im Resumée dessen, was ich jetzt vorgetragen habe, kann ich überhaupt nicht verstehen, was an ihrem Antrag dringlich sein soll. Wir beschließen doch vielleicht zehn Minuten später das gleiche noch einmal. Es wäre vielleicht eine Sache der Begründung des Antrages gewesen, hineinzuschreiben, warum dieser zusätzliche Dringlichkeitsantrag heute überhaupt notwendig war, noch dazu als das Ganze unter Punkt 6. noch weit eingehender oder ausführlicher beschlossen werden soll. Was soll also das Ganze, Herr Bürgermeister? Das wird doch in dieser Art und Weise niemand verstehen.

Bgm. Dr. Koits: Was das soll, Herr Dr. Wieser, das müssen sie der jeweiligen Fraktion überlassen! Ein Urteil darüber steht ihnen nicht zu!

GR. Anreitter: Ich möchte dem Dr. Wieser doch deutlich widersprechen. Natürlich ist das Thema das gleiche, aber der Antrag der SPÖ geht in einigen Details doch wesentlich weiter und ergänzt sozusagen den Tagesordnungspunkt 6. Deswegen sind wir dafür, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen.

Die Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages bringt folgendes Ergebnis:



Dem Antrag (Anlage 1) wird die Dringlichkeit bei

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung in Angelegenheit „verpflichtender Ethikunterricht“:

Bgm. Dr. Koits verliest den als Anlage 2 beigefügten Dringlichkeitsantrag (samt Begründung).

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

Vzbgm. Dr. Ploier-Niederschick: In der Begründung haben wir ausgeführt, dass schon im Bundesverfassungsgesetz geregelt ist, dass man in den Schulen nicht nur ein objektives Wissen zu vermitteln hat, sondern auch entsprechende Werte bzw. dass auch die sogenannte Herzensbildung mitzuberücksichtigen ist.

Im Lichte dessen, dass gerade in der Stadt Wels von rund 1.200 Abmeldungen vom Religionsunterricht 1.023 auf Schüler islamischen Bekenntnisses entfallen, lässt sich meines Erachtens nur schwer ablesen, dass es doch ziemlich schwierig ist, über den Religionsunterricht entsprechende Werte, eine entsprechende Herzensbildung zu vermitteln. Und damit uns dieser große Anteil nicht einfach entgeht, halten wir es für sinnvoll, dass man über einen Ethikunterricht gewisse Werte zu vermitteln versucht. Diese Idee stellt nichts Neues dar und sie wird jetzt gerade auch auf Bundesebene diskutiert. Somit wäre unserer Ansicht nach der richtige Zeitpunkt dafür gegeben, dass auch seitens der Stadt Wels eine Resolution mit einem Inhalt, der in diese Richtung geht, abgesandt wird.

Es gibt zu diesem Thema auch eine Umfrage, die vom Market-Institut durchgeführt wurde. Demnach halten es rund 75 % der oberösterreichischen Eltern für sinnvoll, ersatzweise für den Religionsunterricht diesen Ethikunterricht einzuführen, wobei es derzeit schon ca. 20 Schulen in Österreich gibt, an denen probeweise solch ein Ethikunterricht abgehalten wird, und zwar mit großem Erfolg.

Wir meinen also, dass es jetzt an der Zeit wäre, eine Resolution an die Bundesregierung zu schicken, weil gerade diesbezügliche Gesetzentwürfe vorbereitet und diskutiert werden bzw. sollen auch weitere Probeschulen auserkoren werden. Wenn es klappt, könnte diese Idee des Ethikunterrichts spätestens ab dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt werden.

GR. Dr. Rabl: Prinzipiell halten wir diesen Antrag in seiner Gesamtheit für sinnvoll, allerdings kann von wegen dringlich keine Rede sein. Bei einem Umsetzungshorizont, der beim Schuljahr 2009/2010 liegt und angesichts der langsamen Arbeitsweise der Bundesregierung würde es völlig ausreichen, uns damit bei der nächsten Gemeinderatssitzung intensiv zu befassen. Insofern werden wir der Dringlichkeit des Antrages nicht zustimmen.

GR. Mag. Springer: Bei uns ist das umgekehrt wie bei dem von Dr. Rabl Gesagten. Wenn nämlich zuerst von Dr. Ploier die Meinung vertreten wurde, dass diese Angelegenheit schon deshalb dringlich sei, weil sie derzeit auf Bundesebene in Diskussion steht und an einem Gesetzesentwurf gebastelt wird, dann meinen wir ebenfalls, dass eine entsprechende Dringlichkeit für uns gegeben ist, was aber andererseits noch nichts mit dem zu tun hat, was Inhalt des Antrages ist.

Die Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit des Antrages bringt folgendes Ergebnis:

Dem Antrag (Anlage 2) wird die Dringlichkeit bei

gegen 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend „Energiezukunft Oberösterreich 2030“:

Bgm. Dr. Koits verliert auch den als Anlage 3 beigefügten Dringlichkeitsantrag (samt Begründung).

Zur Begründung der Dringlichkeit des Antrages:

Vzbgm. Wimmer: Die SPÖ-Fraktion anerkennt die Bemühungen der GRÜNEN, auf diesem Gebiet bzw. zu diesem Thema initiativ zu werden und Vorschläge einzubringen. Wir werden deshalb der Dringlichkeit des Antrages zustimmen.

Ich möchte allerdings dazu sagen – das deckt sich mit Aussagen meiner Fraktion aus der Vergangenheit – dass ich die GRÜNEN wieder einmal darum ersuche, Anträge dieser Art von der Formulierung her so zu wählen, dass Verbindlichkeiten in dieser imperativen Form nicht festgeschrieben werden. Ich getraue mir nämlich heute in Zusammenhang mit einem solchen Dringlichkeitsantrag nicht, zu beurteilen, ob wir beispielsweise im Rahmen dieser Energiezukunft Oberösterreich bis zum Jahr 2030 den Wärmebedarf tatsächlich um 39 % reduzieren können. Eine heutige Beschlussfassung würde aber genau das bedeuten. So etwas getraue ich mir allerdings auf so viele Jahre hin bei den diversen Unsicherheitsfaktoren einfach nicht festzulegen.

Sehr wohl getraue ich mir aber zu – so wie das im Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion steht – den Magistrat zu beauftragen, in Zukunft gemeindeeigene Objekte in Passivhaus-Bauweise zu errichten.

Wenn also im Antrag der GRÜNEN sozusagen kalendermäßig eine Frist verbindlich festgeschrieben wird, dann mag dies zwar sehr löblich erscheinen, von der Praxis her ist mir das jedoch zu unsicher, wenn noch dazu gewisse Untersuchungen, die in dieser Richtung noch notwendig sind – ihr schreibt ja selbst in eurem Antrag, dass eine

Untersuchung notwendig erscheint – fehlen. Derzeit kennen wir jedenfalls die Ergebnisse solcher noch durchzuführender Untersuchungen nicht.

Wie ich schon sagte, wird unsererseits der Antrag oder das damit zum Ausdruck gebrachte Bemühen anerkannt, wir werden aber im Laufe der noch kommenden Debatte zum Sachantrag einen Antrag auf Zuweisung zur weiteren Beratung an den Umweltausschuss oder einen anderen Ausschuss einbringen, um über diese Fragen noch diskutieren zu können. Jedenfalls halte ich aber in der Verantwortung des Gemeinderates solche kalendermäßig festgesetzten Verbindlichkeiten in einem Dringlichkeitsantrag eigentlich nicht für abhandelbar.

GR. Mag. Springer: Sicher könnte man diesen Antrag auch noch in einem Monat behandeln – schließlich erstreckt sich der Zeitraum auf über 20 Jahre – aber wir haben deshalb für die heutige Sitzung diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um ihn thematisch passend zum 6. Punkt, dem Energiebericht, mitbehandeln zu können. Hätten wir den Antrag schon vor 14 Tagen eingebracht, damit er als Initiativantrag schon auf der heutigen Tagesordnung stehen hätte können, wäre das vielleicht besser gewesen, aber es war uns diese Vorgangsweise leider nicht möglich, weil uns die entsprechenden Unterlagen nicht rechtzeitig zur Verfügung standen.

GR. Dr. Rabl: Beide Vorredner haben es geschafft, zuzugeben, dass an sich die Dringlichkeit bei diesem Punkt nicht vorliegt, nämlich bei einem Umsetzungshorizont von etwa 20 Jahren. Der Kollege Wimmer hat eigentlich nur das geflissentliche Bemühen der GRÜNEN in dieser Frage hervorgestrichen, ohne aber ein einziges Argument zu finden, warum das jetzt so dringlich sein könnte. Bei einem Zeithorizont, der zwischen 2030 und 2050 liegt, ist dies ja wirklich schwer zu finden.

Für mich ist es somit unbegreiflich, warum das heute so schnell oder überhappts beschlossen werden muss. Ohne nennenswerten Grund wird so getan, als würde hierfür eine besondere Eile gegeben sein. Wir können dem überhaupt nicht nähertreten. Eigentlich wäre es am besten, diesen Antrag an den zuständigen Ausschuss zuzuweisen, noch dazu als eine Dringlichkeit hierfür beim gegebenen Zeithorizont einfach nicht gegeben erscheint.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Da hat er Recht! Wir sollten das dem Umweltausschuss zuweisen!

GR. Mag. Holter: Damit es auch noch eine vierte Meinung zur Dringlichkeit dieses Antrages gibt, darf ich ihnen sagen, dass für die ÖVP-Fraktion dieser Antrag sehr dringlich ist und ich sage auch gleich, warum das so ist. Es hat nämlich schon vor über einem Jahr zu diesem Thema oder diesem Themenkomplex zwei Anträge hier im Gemeinderat gegeben, wovon einer von der ÖVP-Fraktion kam. Dieser Antrag der ÖVP wurde damals, vor ca. einem Jahr, mit deutlicher Mehrheit bzw. gegen die Stimmen der GRÜNEN beschlossen. Wir meinen nun, dass dann, wenn es die GRÜNEN nach über einem Jahr ebenfalls geschafft haben, die Dringlichkeit dieses Themas einzusehen, sich die ÖVP-Fraktion dieser Angelegenheit nicht verwehren wird. Wir werden also der Zuerkennung der Dringlichkeit zustimmen.

Die Abstimmung über die Zuerkennung der Dringlichkeit gst. Antrages bringt folgendes Ergebnis:

Dem Antrag (Anlage 3) wird die Dringlichkeit bei

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
gegen 4 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

zuerkannt.

Der Bürgermeister stellt zu allen drei Dringlichkeitsanträgen fest, dass, nachdem kein anderweitiger Antrag eingebracht wurde, die jeweiligen Sachanträge am Ende der Tagesordnung in Beratung genommen werden.

Berichterstatter Vizebürgermeister Manfred Hochhauser

1.)

Röm.-kath. Pfarre Hl. Familie, Wels, Johann-Strauß-Straße 20;  
Durchführung diverser Sanierungsmaßnahmen;  
Gewährung einer Sonderförderung  
BauD-SP-77-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 27.03.2008:

Der Röm.-kath. Pfarre Heilige Familie, Wels, Vogelweide, Johann-Strauß-Straße 20, wird für div. Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Sonderförderung für sakrale Einrichtungen ein Förderungsbetrag von € 99.300,-- gewährt.

Die Auszahlung erfolgt in drei Jahresraten zu € 33.100,-- (2008, 2009, 2010) jeweils entsprechend den haushaltsrechtlichen Festlegungen zum betreffenden Voranschlag.

Vor Auszahlung der Förderung sind die Investkosten mittels bezahlter Rechnungen nachzuweisen.

GR. Ing. Matzinger: Es ist natürlich immer gut, wenn die Stadt Wels dazu beiträgt, das Kulturgut der Kirchen zu sanieren bzw. zu erhalten. Ich glaube aber, dass es in Zusammenhang mit diesen Renovierungsarbeiten, die von der Pfarre Hl. Familie in die Wege geleitet wurden, auch notwendig wäre, über den Vorplatz etwas nachzudenken. Denken wir daran, dass man sich beispielsweise vor Hochzeiten auf diesem Platz sammelt und in Hinblick auf solche Feierlichkeiten wäre es bestimmt sinnvoll, diesen Vorplatz etwas anders zu gestalten. Die Stadt Wels hat ja immer wieder Ideen zu verschiedensten Projekten etc. und es würde bestimmt nicht schaden, davon auch auf diesem Vorplatz etwas zu verwirklichen.

Der Kollege Rabl hat zuerst in Zusammenhang mit der Messeveranstaltung den Referenten für die Stadtgärtnerei gelobt, aber andererseits ist dort, wo viel Licht ist,

fallweise auch ein bisschen Schatten. Und an dieser Stelle möchte ich den Referenten fragen, ob es ihm möglich scheint, noch vor dem Sommer den Brunnen im Burggarten zu aktivieren, genauso den Brunnen am Stadtplatz und vielleicht gelingt es sogar, den ehemals am Marktgelände aufgestellten Brunnen zu reaktivieren bzw. ihn wieder im Bereich des Marktgeländes aufzustellen. Jene, die schon etwas länger im Gemeinderat tätig sind, wissen, dass ich speziell auf Brunnen nicht vergesse, wobei es auch durchaus sein kann, dass sie nach einem Abbau woanders wieder auftauchen.

Jedenfalls können wir festhalten, dass der Frühling eingekehrt ist, dass die Gartenschau „Blühendes Österreich“ auch schon vorbei ist und somit glaube ich, dass sich die Stadtgärtnerei jetzt auch verstärkt der Aktivierung dieser städtischen Einrichtungen bzw. der Brunnenanlagen widmen könnte.

Vzbgm. Hochhauser: Die Stadtgärtnerei ist in meinem Referat für mich einer meiner Lieblingsbereiche, weil es im Wege unserer Gärtnerei immer wieder gelingt, die Stadt Wels, speziell natürlich die Innenstadt, in ansprechender Weise zu gestalten. Die Stadt wird damit liebens- und lebenswert nicht nur für die eigenen Bewohner gemacht, sondern es erfreuen sich an den diversen Gestaltungsmaßnahmen auch die vielen Besucher von Wels. Nur ist es halt so, dass alles einer gewissen Zeit der Vorbereitung und Abwicklung bedarf, was natürlich auch der Kollege Matzinger weiß.

Das zuerst ausgesprochene Lob des Kollegen Rabl war natürlich nicht in erster Linie für mich bestimmt, sondern es gebührt dieses vorrangig den Mitarbeitern der Dienststelle Stadtgärtnerei, die bei der Gartenschau wirklich eine bravouröse Leistung erbrachten. Und selbstverständlich gehen wir jetzt im Bereich der Stadtgärtnerei daran, jene Arbeiten, die sozusagen turnusmäßig oder der Jahreszeit entsprechend vorzubereiten oder durchzuführen sind, abzuwickeln. Dazu gehört natürlich die Reaktivierung der diversen Brunnenanlagen und die Bepflanzung von Blumenbeeten etc. Das alles wird in den nächsten Tagen und Wochen geschehen, so wie wir es von den Jahren zuvor gewohnt sind.

Der Antrag zu Punkt 1. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

2.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 59) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 37)  
BZ-BauR-3535-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 27.03.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 4 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (59. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (37. Änderung) beschließen.

GR. Ing. Matzinger: Ich war leider bei der Sitzung des zuständigen Ausschusses, bei welcher diese Angelegenheit vorberaten wurde, nicht dabei, aber es wird mir wohl auch jetzt noch eine Frage erlaubt sein.

Ich kann mich daran erinnern, dass genau auf jener Fläche, um die es jetzt geht, einmal die Errichtung einer kleinen Feuerwache geplant war. Nun habe ich im Amtsbericht keine Stellungnahme der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Wels vorgefunden, obwohl sie zur Abgabe einer Stellungnahme eingeladen war. Vielleicht können wir aber jetzt doch noch erfahren, welche Meinung die Feuerwehr dazu vertritt bzw. wohin eventuell diese vorgesehene Feuerwache im Endeffekt kommen soll.

Vzbgm. Hochhauser: Über diese Angelegenheit wurde natürlich in der Vorphase dieser Flächenumwidmung diskutiert bzw. wurde amtsintern sehr ausführlich darüber beraten. Tatsache ist, dass die Feuerwehr von sich aus erkannte, dass dieser Punkt für die Errichtung einer neuen Feuerwache nicht mehr benötigt wird. Damit war es letztlich möglich, diesen Umwidmungsantrag wie üblich in Bearbeitung nehmen zu können. Und deshalb liegt eben heute dieser Änderungsantrag vor.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 76) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 52)  
BZ-BauR-3532-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 27.03.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 5 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (76. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (52. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 407/1.1 (Stadtteil: Neustadt)  
BZ-BauR-3725-2007

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 27.03.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 6 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 407/1.1 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 602/1.1 (Stadtteil: Pernau)  
BZ-BauR-3712-2005

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Planungs-, Bau- und Wohnungsausschuss am 27.03.2008, der Gemeinderat möge die als Anlage 7 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 602/1.1 (Stadtteil: Pernau) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Bernhard Wieser

6.)

Energiesparkonzept der Stadt Wels 1999 und Beschlüsse;  
Evaluierung in Form des Energieberichts der Stadt Wels 2007  
MD-P-2-2000

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Feuerwehrausschuss am 03.04.2008:

1. Der als Anlage 8 beigefügte Energiebericht 2007 wird grundsätzlich zur Kenntnis bzw. als grundlegende Vorgabe für die künftigen Aktivitäten der Stadt genommen.
2. Der Magistrat der Stadt Wels wird – im Rahmen der bereitstehenden Ressourcen – mit der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen beauftragt.
3. Die Magistratsabteilungen sind dabei in Wahrnehmung ihrer Aufgaben bei allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsmaßnahmen besonders dem Energie-Sparen, der Energieeffizienz sowie dem Einsatz erneuerbarer Energie verpflichtet.
4. Im besonderen sind die in der Investitionsplanung der Stadt Wels für die Jahre 2008 bis 2011 genehmigten Vorhaben (Gebäude- und Haustechniksanierungen u.ä.) unter dem Aspekt der Energieeffizienz sowie des Einsatzes erneuerbarer Energie abzuwickeln.
5. Für die zu sanierenden Gebäude der Stadt Wels ist rechtzeitig vor Erstellung der Budgets ab 2010 dem Gemeinderat der Stadt Wels zur grundsätzlichen Beschlussfassung ein Maßnahmenprogramm mit beabsichtigten Vorhaben (mit dem Schwerpunkt Energieeffizienz und Einsatz „Erneuerbarer Energie“), Kosten bzw. Zeitrahmen vorzulegen.

6. Die Stadt Wels bekennt sich zum grundsätzlichen Ziel, langfristig den Ausstieg aus der fossilen Energie anzustreben.
7. Die nächste Evaluierung, d.h. damit, der nächste umfassende Energiebericht der Stadt Wels soll dem Gemeinderat bis 31.12.2012 vorgelegt werden.

StR. Dr. Wieser: Wenn heute ein Energiebericht der Stadt Wels 2007 zur Beschlussfassung ansteht, ist festzuhalten, dass dieser in sehr umfangreicher Art zusammengestellt wurde und dieser eigentlich mehr als das enthält, was die bloße Kenntnisnahme dieses Berichtes umfasst. Die einzelnen Punkte des Beschlussantrages stellen dies unter Beweis und ich habe auch schon in Zusammenhang mit der Begründung der Dringlichkeit für den heutigen SPÖ-Antrag festgehalten, dass mit den Maßnahmen, die hier vorgeschlagen sind, teilweise als Vision, sowohl der SPÖ-Antrag als auch der Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – darüber soll heute in der Sache selbst noch beraten werden – umfasst oder eingeschlossen sind. Ich denke mir aber in Hinblick auf den Ausstieg von den fossilen Energieträgern, dass wohl niemand von uns oder auch von außerhalb in der Lage sein wird, konkrete Zeiträume für ein mögliches Ausstiegsszenario zu nennen. Wichtig erscheint mir allerdings, dass es wichtig ist, einen Weg in diese Richtung einzuschlagen bzw. den eigentlich schon begonnenen Weg fortzusetzen. Das ist aufgrund der ohnehin genannten oder bekannten Überlegungen wichtig.

Wenn heute so in den Reihen schon ein bisschen daran Kritik geübt wurde, dass zwischen dem Auftrag im Jahr 2006 an den Magistrat, diesen Bericht zu erstellen, und der heutigen Vorlage bzw. Berichterstattung und Beschlussfassung ein Zeitraum von zwei Jahren gelegen ist, dann darf ich doch alle Damen und Herren darum ersuchen, diesen Bericht genau zu studieren, denn was hier an Daten, Stellungnahmen und dergleichen zusammengetragen wurde, das war wirklich sehr umfangreich. Ich darf an dieser Stelle der Dienststelle Umweltschutz und besonders Herrn Peter Ströher wirklich herzlich danken. Bei ihm ist alles zusammengelaufen; er hat alles koordiniert und strukturiert. Letztlich hat sich auch noch die Stabstelle Öffentlichkeitsarbeit damit beschäftigt, um dem Ganzen ein modernes Design zu geben. Unzählige Außenstellen des Magistrates und unzählige Unternehmen, die sich mit diesem Thema bereits befassten und schon vieles erarbeiteten, kamen herein bzw. mussten in das System gebracht werden.

Im zweiten Teil des Berichtes sehen sie die Daten der verschiedenen öffentlichen Gebäude. Sie sehen also in diesem Anhang zum Bericht ganz genau, wie sich die Energiesituation in den letzten Jahren entwickelte. Auf Seite 5 des Anhanges finden sie die verschiedenen Amtsgebäude der Stadt Wels aufgezählt bzw. sehen sie, welche Energieträger verwendet werden und wie sich seit dem Jahr 1999 die Situation entwickelte. Es wurde somit eine Unzahl von Daten erhoben und ich glaube, es ist wichtig, dass wir diese auch für zukünftige Arbeiten in diesem Anhang aufgenommen haben.

Neben den Amtsgebäuden sind dann auch noch die Kindergärten und Horte angeführt, ebenfalls eine stattliche Anzahl. Wir haben sämtliche Schulen in den Bericht aufgenommen, Sozialeinrichtungen und über 20 sonstige Gebäude, die von der Welser Messe bis hin zum Tierpark oder zum Tierheim reichen. Das Ganze finden sie auf den Seiten 61 bis Seite 82 des Anhanges.



Bereits im Jahr 1999 wurde ein Energiesparkonzept für die Stadt Wels beschlossen und schon im Jahr 2002 lag dem Gemeinderat ein diesbezüglicher Bericht vor. Darin wurden die in der Zwischenzeit in Angriff genommenen Maßnahmen beschrieben.

Es gab dann noch andere Beschlüsse des Gemeinderates und der wichtigste Teil des Energieberichtes bezieht sich wohl auf die Anführung der Umsetzungsmaßnahmen in den Jahren 2003 bis 2007. In jenem Zeitraum, in welchem dieser Bericht erstellt wurde, kamen immer wieder Projekte dazu, die noch eingebaut werden mussten.

Was meines Erachtens auch nicht zu unterschätzen ist, das finden sie im Teil B1 mit dem Titel „Spezifische, nicht-investive bzw. Maßnahmen mit geringen Kosten“. Man glaubt es nicht, aber es ist auch im Detail mit diversen Maßnahmen sehr viel einzusparen. Allein der Einsatz von Wassermengenreglern brachte in den verschiedenen Gebäuden Verbrauchseinsparungen in zweistelliger Prozentzahl; in einem Fall reicht das sogar bis zu einer Einsparung der verbrauchten Wassermenge in Höhe von 41 Prozent. Eine automatisierte Wasserspülanlage bei der Hauptschule Lichtenegg brachte sogar eine Mengeneinsparung von über 50 Prozent. Jedenfalls sind all diese Details im Bericht aufgezählt.

Unter dem Teil B2 finden sie dann die ganzen investiven gebäudetechnischen Maßnahmen, die in Zusammenhang mit dem Kindergarten Lichtenegg, dem Budokan-Center, der Dreifachturnhalle Pernau, dem Sonnenkindergarten Wimpassing, dem Sonnenkindergarten Noitzmühle gesetzt wurden. Zuletzt wurde in den Jahren 2006 und 2007 der Neubau der Doppeltturnhalle Vogelweide vorgenommen, die erst jüngst in Betrieb genommen worden ist und ebenfalls ein eindrucksvolles Bauwerk in dieser Richtung darstellt. Am „Zentralen Betriebsgebäude“ wurde ebenfalls eine Solaranlage errichtet. Damit können auf der anderen Seite erhebliche Gasmengen eingespart werden, die bisher zur Warmwasserbereitung benötigt wurden.

Unter den Projekten, die demnächst in Angriff genommen werden sollen, befindet sich das Schulzentrum in der Mauth. Fertigzustellen ist das sogenannte Solarkraftwerk im Messezentrum Wels auf der neuen Messehalle. Die gewonnene Energie soll bei reinem Sommerbetrieb von März bis Oktober zusätzlich in das Welser Fernwärmenetz fließen und somit ebenfalls zur Reduzierung des Gasverbrauchs beitragen.

Im Teil C auf den Seiten 69 bis 72 finden sie auch Vorschläge für gebäudetechnische, investive Maßnahmen, die wiederum in Zukunft entwickelt bzw. umgesetzt werden sollen. Diese Fortschreibung von Maßnahmen wird das Bemühen um das Wegkommen von fossiler Energie unterstützen und zu deutlichen Ergebnissen führen.

Natürlich werden im Zuge dieser ganzen Bemühungen weiter bewusstseinsbildende und Marketingmaßnahmen notwendig sein.

Im Teil D, der sich mit künftigen Strategien der Stadt Wels, mit möglichen Szenarien und Visionen beschäftigt, geht es um strategische Ausrichtungen, eine Zielsetzung in Richtung Energiehauptstadt, die Energieeffizienz.

Den Titel „Energiehauptstadt“ verwenden wir gerne; mitunter tut das auch der Herr Bürgermeister. Ich nehme einmal an, dass solch ein Titel in Österreich noch nicht offiziell vergeben wurde, wobei ich auch nicht wüsste, wer für solche Titelverleihungen zuständig sein könnte. Wir sollten jedenfalls bei all dem, was wir in Wels tun und was

auch in diesem vorliegenden Bericht aufgezeigt wird, würdig sein, diesen Titel mit Recht anzustreben. Ich denke, es ist schon eine Menge geschehen, wird haben uns aber auch für die Zukunft eine Menge vorgenommen. 156 Seiten im Energiebericht führen uns vor, was schon geschehen ist und ich bin der Hoffnung, dass bei entsprechendem gemeinsamen Willen, weitere Dinge umzusetzen, auch in den nächsten Jahren einiges umgesetzt werden kann.

Ich habe ihnen die einzelnen Punkte des Beschlussantrages schon vorgelesen, wobei ich der Meinung bin, dass die anderen Anträge, die heute als dringlich eingebracht wurden, in diesem Beschlussantrag thematisch bereits enthalten sind, sodass diese dringlichen Anträge aus meiner Sicht überflüssig erscheinen. Ich kann das später, wenn die Dringlichkeitsanträge nochmals zur Debatte kommen, genauer erklären.

Nachdem dieser Energiebericht zusammen mit den anderen Beschlussteilen im Ausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen bzw. beschlossen wurde, darf ich sie jetzt aber ersuchen, heute auch im Gemeinderat einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

GR. Mag. Lipp: Vorab muss ich mich gleich einmal entschuldigen. Ich habe eine Kehlkopfentzündung, weshalb ich leider nicht sehr laut sprechen kann. Ich hoffe jedenfalls, dass sie mir ihre Aufmerksamkeit schenken.

Der vorliegende Energiebericht ist ein interessantes und vor allem gut aufbereitetes Zahlenwerk. Er spiegelt sehr gut wider, welche energiepolitischen Maßnahmen bzw. welche Projekte in den letzten zehn Jahren in der Stadt Wels umgesetzt wurden. Einige davon wurden schon genannt, erlauben sie mir aber trotzdem, das eine oder andere nochmals zu erwähnen und gewähren sie mir auch einen Blick in die Zukunft.

Der Einsatz erneuerbarer Energie bzw. diverse Luftreinhaltungsmaßnahmen wurden seit 1985 mit der beachtlichen Summe von 2,7 Mio. Euro seitens der Stadt Wels gefördert. Diese Gelder wurden an rund 3.000 Förderungswerber ausgezahlt. Davon entfielen ca. 300.000 Euro auf den Einbau oder die Errichtung von Solaranlagen.

Aber auch im eigenen Bereich wurde bei der Sanierung und beim Neubau von Gebäuden die Verwendung erneuerbarer Energie in den Vordergrund gestellt. Denken wir beispielsweise an die sogenannten Sonnenkindergärten Noitzmühle und Wimpassing, an das Alten- und Pflegeheim Neustadt, an die Dreifachturnhalle Pernau, an das Budokan-Center und an weitere Projekte, die sie dem Energiebericht entnehmen können.

Besonders erwähnen möchte ich das „Messezentrum neu“ und das Projekt der WAV in Bezug auf die Abwärmenutzung. Das „Messezentrum neu“ wurde in modernster Weise teils als Passivhaus und teils auf Niedrigenergie-Standard ausgeführt. Jeder von uns hat sich schon selbst, sei es auf Fachmessen oder bei der Verleihung des Energy Globe, sowohl vom besonderen Design als auch von der energieeffizienten Gesamtbaukonstruktion überzeugen können. Dafür hat die Stadt Wels schon den Oö. Landesenergiepreis „Energy Star“ erhalten.

Die Nutzung der Abwärme von der Müllverbrennungsanlage der WAV durch Einspeisung in das Fernwärmenetz des E-Werkes Wels ist ein wichtiger und weiterer Schritt in Richtung langfristiges Ziel, nämlich den Ausstieg aus der fossilen Energie zu vollziehen.

Nicht vergessen werden sollten die vielen bewusstseinsbildenden Maßnahmen, sei es die Vergabe eines Umweltschutzpreises, die Teilnahme der Stadt an der Energiesparmesse oder sonst verschiedene Projekte im Bereich des Energiesparens. Die Mitarbeiter geben Energiespartipps nicht nur zu Themen wie „richtiges Heizen“ oder „richtiges Lüften“, sondern auch Energiespartipps für den Arbeitsplatz.

Blicke ich auf den Energiebericht, muss ich sagen, dass es sicher noch sehr vieles zu erwähnen gäbe, denn der schonende Umgang mit unseren Ressourcen stellt eine sehr wichtige Thematik dar. Erlauben sie mir aber bitte noch kurz einen Blick in die Zukunft.

„Visionen für Wels“, das ist, finde ich, eine sehr schöne Formulierung. Wer nämlich keine Visionen hat, erleidet einen Stillstand. Dass in der Stadt Wels in den letzten Jahren kein Stillstand herrschte, zeigt uns der vorliegende Energiebericht. Auch für die Zukunft hat sich die Stadt Wels vieles vorgenommen. So denke ich an den Bau des neuen Alten- und Pflegeheimes in der Vogelweide. Hier ist es den Verantwortlichen – mein Dank geht an Frau Stadträtin Silvia Huber und an Herrn Vizebürgermeister Wimmer – gelungen, die Planung so zu gestalten, dass das Gebäude in Passivhaus-Standard errichtet werden kann. Dieses Alten- und Pflegeheim wird den Energiefaktor 7 aufweisen und außerdem ist eine Solaranlage und eine Fotovoltaikanlage vorgesehen.

Ich bin davon überzeugt, dass das Energiesparkonzept in den nächsten Jahren in bester Weise umgesetzt wird. Energieeffiziente Maßnahmen werden künftige Bauwerke bestimmen und bei Sanierungen werden sie ebenfalls eine große Rolle spielen. Sowohl im Neubaubereich als auch bei größeren Sanierungsprojekten wird der Passivhaus-Standard angestrebt. Und wenn wir an das schon Gesagte zurückdenken, werden sie mir Recht geben, wenn ich behaupte, die Stadt Wels bezeichnet sich sehr verdient als Energiehauptstadt.

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich namens der SPÖ-Fraktion allen Mitarbeitern, denen bei der Ausarbeitung und Durchführung verschiedenster Projekte unsere Umwelt und die Steigerung der Energieeffizienz am Herzen liegt, danken. Als Querschnittsmaterie ist eine gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Magistratsabteilungen notwendig. Stellvertretend für alle bedanke ich mich herzlichst bei Herrn Peter Ströher. Wir wissen, wie viel Zeit und vor allem auch persönliches Engagement die Evaluierung des Energiesparkonzeptes beansprucht hat.

GR. Mag. Springer: Der Gemeinderat beschließt heute die Evaluierung des Energiesparkonzeptes 1999 und nimmt den Energiebericht 2007 zur Kenntnis. Die Evaluierung des Energiesparkonzeptes 1999 werde ich später noch ein wenig relativieren, denn diese ist leider nicht zur Gänze beinhaltet. Es war dies wohl auch nicht unbedingt der Arbeitsauftrag. Ich komme aber zuerst einmal zum Positiven.

Die umfangreiche Broschüre enthält schließlich sehr viel Erfreuliches. Der Magistrat ist in seinem eigenen Wirkungsbereich ganz sicher auf dem richtigen Weg, denn die zahlreichen energiesparenden Neubauten und etliche Sanierungen konnten die Energieeffizienz im Magistratsbereich stark verbessern. Also, der Energieverbrauch pro Quadratmeter Nutzfläche ist im Magistratsbereich sicher um einiges gesunken, aber um wie viel, das weiß man allerdings nicht ganz genau.

Nicht übersehen darf man aber, dass der gesamte Energieverbrauch beim Magistrat durch die Zunahme an Gebäuden, die auch noch besser ausgestattet sind, trotz aller

Bemühungen signifikant gestiegen ist. So haben wir beispielsweise mehr Turnsäle oder ausgebauten Turnsäle. Jedenfalls müsste es doch das Ziel geben, den Energieverbrauch insgesamt zu senken, nicht nur pro Quadratmeter Nutzfläche.

Nun komme ich noch zum Unerfreulichen. Für uns völlig unzureichend ist in Zusammenhang mit dem Beschlussantrag alles, was über den Magistratsbereich hinaus geht. Wenn also Herr Dr. Wieser zuerst meinte, der heutige Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN sei in dem, was heute beschlossen werden soll, sowieso beinhaltet, dann verstehe ich das nicht so ganz, denn hier geht es ja lediglich bzw. nicht einmal um ein Prozent des gesamten Energieverbrauchs in Wels. Wenn also irgendwie behauptet wird, der gesamte Energieverbrauch in Wels – Industrie, Wohnen, Verkehr – sei in der Magistratebroschüre beinhaltet, dann stimmt das wohl nicht.

Es wird außerdem das Ziel des Ausstiegs von der fossilen Energie leider nur sehr unverbindlich formuliert. Da steht, dass sich die Stadt Wels zum grundsätzlichen Ziel bekennt, langfristig den Ausstieg aus der fossilen Energie anzustreben. Ich würde meinen, dass eine verbindliche Formulierung dieses Ziels anders aussähe. Warum sagt man beispielsweise nicht, dass sich die Stadt Wels das Ziel setzt, bis zum Jahr 2030 den Ausstieg aus der fossilen Energie durchzuführen? Nun, in unserem weiterführenden Antrag sieht das eben ein bisschen anders aus. Natürlich kann man nicht sagen, dass wir vertragsbrüchig seien oder was immer, wenn dieses Ziel im Jahr 2030 nicht ganz erreicht sein würde, andererseits geht es ja darum nicht in dieser Weise, sondern vielmehr darum, ein Konzept in Richtung Machbarkeit erstellen zu lassen und dann wirklich alle erdenklichen Maßnahmen weit über den Magistrat hinaus durchzuführen. Und diesbezüglich scheint es schon notwendig, ein verbindliches Ziel zu formulieren und dieses auch zu beschließen. Ziel bleibt aber Ziel, denn wir können ja nicht einfach beschließen, im Jahr 2030 ausgestiegen zu sein. Da muss man also gedanklich sehr wohl bei dem bleiben, worum es bei dieser Formulierung tatsächlich geht. Es geht also um die Erstellung einer Studie bzw. kann solch ein Umsetzungsplan nur von externer Stelle ausgefertigt werden. Und sinnvollerweise sollte man sich dabei an den Zielen der „Energiezukunft Oberösterreich 2030“ orientieren.

Den vorliegenden Energiebericht sehen wird demnach als eine sehr wichtige Vorarbeit für einen kleinen Teil des Gesamtkonzepts. Dessen ungeachtet möchte ich aber auch im Namen unserer Fraktion den Dank an die Dienststelle bzw. insbesondere an die Herren Heindl und Ströher ausrichten. Dieses Werk ist sicher sehr interessant und wertvoll und lässt für den eigenen Wirkungsbereich Magistrat keine Fragen mehr offen.

Ich möchte jetzt aber trotzdem kurz darüber hinausgehen. Wäre es so, wie Herr Dr. Wieser sagte, nämlich dass wir mit dem heutigen Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung alles mitbeschließen würden, dann fiel darunter auch der Sektor Verkehr. Der Sektor Verkehr muss aber auch in Zusammenhang mit den ambitionierten Zielen für das Jahr 2030 noch ausgeklammert bleiben, weil die Stadt kaum einen Einfluss auf den sehr energieintensiven Individualverkehr hat. Es gibt aber auch hier einen dringenden Einsparungsbedarf, und zwar gerade deshalb, weil in diesem Bereich hauptsächlich fossile Energie verbraucht wird. Sehr lobenswert ist hier die Ausnahme „Linie Wels“, die im Vorjahr eine Umstellung auf Bio-Diesel durchführte.

Ein Grundfehler des neu erstellten Innenstadt-Verkehrskonzeptes liegt meines Erachtens darin, dass von einer Zunahme des Anteils des normalen Autoverkehrs ausgegangen wurde, nämlich von 58 auf 63 Prozent. Ich behaupte aber, dass wir dann,

wenn wir als Stadt insgesamt Energie einsparen wollten, ein Verkehrskonzept bräuchten, das als Zielvorgabe für den Autoverkehr eine Senkung beispielsweise auf 40 Prozent vorsähe, natürlich bei entsprechender Steigerung der Bus- und Radverkehrsanteile.

Wie ich schon sagte: Man muss die Relation im Auge behalten. Es geht bei diesem Bericht nicht einmal um ganz ein Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in Wels. Dieser Gesamtenergieverbrauch belief sich laut Energiesparkonzept 1999 im Jahr 1998 auf fast 1.900 Gigawattstunden – nachzulesen im Teil 2, Maßnahmen – und es wurden, glaube ich, für den Verbrauch im Jahr 2008 vier Szenarien entworfen. Bei normaler Weiterentwicklung wurde ein Verbrauch von 2.100 Gigawattstunden vorausgesagt – in zehn Jahren hätte es somit eine Steigerung von 1.900 auf 2.100 Gigawattstunden gegeben, also um über 10 Prozent – und günstigstenfalls meinte man, dass eine Senkung auf 1.800 Gigawattstunden erreicht werden könnte. Und im jetzigen Energiebericht fehlt eine Aussage darüber, wie es sich mit der Umsetzung dieser Prognosen verhielt, völlig. Aber das ist auch völlig klar, denn das kann eine Zwei-Mann-Umweltdienststelle am Magistrat niemals bewältigen. So gibt es auch an dieser Stelle die Forderung, ein Konzept von externen Fachleuten erstellen zu lassen.

Ich habe mir zuerst überlegt, zum vorliegenden Antrag einen Zusatzantrag einzubringen, aber das erschien mir dann doch irgendwo als zu umfangreich. Daher wurde eben von unserer Fraktion dieser weiterführende Dringlichkeitsantrag eingebracht. Und da ich nicht damit rechne, dass es bei Behandlung unseres Dringlichkeitsantrages noch eine Debatte über die Sache selbst geben wird, nachdem ja bereits die Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages an eine Ausschuss in Aussicht gestellt wurde, möchte ich sie, Herr Bürgermeister, bereits jetzt auffordern bzw. bitten, diesen unseren Antrag zur Chefsache zu machen und ihn nicht irgendwie im Umweltausschuss zu „parken“.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das war jetzt fast eine Gedankenübertragung, denn das haben wir schon in dieser Weise angedacht!

GR. Ing. Matzinger: Der Kollege Springer hat mir in Zusammenhang mit der Chefsache fast ein Stichwort gegeben. Es gilt wirklich, den Mitarbeitern danke zu sagen. Es ist das eine sehr kleine, aber andererseits sehr effizient arbeitende Gruppe, die dem jeweiligen Umweltreferenten die Möglichkeiten und Unterstützungen für eine gedeihliche Arbeit gibt. Umgekehrt funktioniert es aber genauso. Er war meines Erachtens der erste Umweltreferent, nämlich der jetzige Bürgermeister, und er wird sich wahrscheinlich noch recht gut daran erinnern kann, wie schwer es seinerzeit war, das Ganze zu etablieren, ein Umweltbewusstsein zu schaffen. Und so ist es im Laufe der Zeit, über die Jahre hinweg doch gelungen, eine ganz gewaltige positive Bilanz, so wie sie auch von der Kollegin Lipp dargestellt wurde, ebenso vom Herrn Referenten, zustande zu bringen. Die Stadt Wels hat in Zusammenhang mit dem Umweltschutz, mit Energiesparmaßnahmen einiges vorangebracht, obwohl die Sache vom Finanzreferenten her leider mit ziemlich geringen Mitteln ausgestattet wurde. Die Mitarbeiter des Magistrates tun ihr Bestes, um diese eher spärlichen Mittel möglichst effizient einzusetzen. So ist es eben gelungen, von Koits über Josseck, Klinghuber und letztlich Wieser einen Energiebericht zu erarbeiten – man könnte auch von einem Umweltbericht sprechen - und eine Darstellung zu bringen, die das Wohlwollen aller findet. Deshalb sei sowohl den jeweiligen Referenten als auch den Mitarbeitern, die eine gemeinsame Arbeit leisteten, ein herzliches Dankeschön gesagt.

GR. Wiesinger: Die ÖVP-Fraktion wird diesen Bericht ebenfalls zur Kenntnis nehmen, und zwar aus mehreren Gründen. Einerseits ist dieser Bericht eine wertvolle Basis für die nächsten fünf Jahre und nachdem die einzelnen Punkte des Beschlussantrages sehr allgemein gehalten sind, bieten sie viel Potenzial.

Ich möchte aber doch zwei Punkte kritisch anmerken. Herr Referent Wieser! Wenn sie von wertvollen Daten sprechen, möchte ich darauf hinweisen, dass im Teil A auf Seite 10 der Stromverbrauch in absoluten Euro-Zahlen angegeben ist, während der Gasverbrauch in Kilowattstunden angegeben wurde, was etwas verwirrend erscheint. Für den Benutzer dieses Berichts ist das nicht nachvollziehbar, weil man ja nicht weiß, welchen Kilowattpreis die Stadt Wels mit dem E-Werk ausgehandelt hat. Für die Kontrolle sind solche Angaben eher verwirrend.

Auf der anderen Seite kommt es mir so vor, als ob gewisse Überlegungen in Bezug auf das Stromsparen fehlen würden. Sieht man sich den Anhang 1, Seite 6, an, so stellt man hinsichtlich des Rathauses folgende Schwankungen fest. Von 2003 auf 2004 haben wir eine Steigerung des Verbrauchs von 9,8 %, von 2004 auf 2005 ein Minus von 11,57 % und von 2005 auf 2006 wiederum eine Steigerung, nämlich von 15,37 %. Ich bin aufgrund dieser Zahlen der Meinung, dass im Strombereich viel Einsparungspotenzial steckt, denn – so wie das an einer anderen Stelle angeführt ist – mit einer technischen Aufrüstung kann man doch solche Verbrauchsschwankungen nicht so einfach begründen.

StR. Dr. Wieser: Ich möchte mich insgesamt für die Wortmeldungen bedanken, die ja im Großen und Ganzen eher sehr anerkennend ausfielen. Ich muss sagen, dass ich das eigentlich in dieser Form erwartete, weil ja schon im Umweltausschuss der Bericht in dieser Richtung gewürdigt wurde. Viele Anregungen werden uns in Zukunft begleiten und ich darf an dieser Stelle nochmals auf dieses eine ganz konkrete Beispiel hinweisen, nämlich wie wir in Wels direkt aus der fossilen Energie aussteigen könnten. Wir erzeugen oder lassen aus Altöl den Bio-Diesel erzeugen und verbrauchen dann diesen Bio-Diesel im Wege der öffentlichen Verkehrsmittel der Firma Sab. Das ist also in dieser Richtung eine wirklich schöne Angelegenheit.

Nun, ich denke, wir haben heute eine positive Bilanz zu ziehen. Energiepolitische Vorgaben sind im Beschlussantrag ebenfalls enthalten und so darf ich jetzt ganz einfach um Beschlussfassung ersuchen.

Bgm. Dr. Koits: Ich danke dem Referenten für sein Schlusswort und darf als Bürgermeister allen, die einen Beitrag zu diesem Bericht geleistet haben, ein Danke sagen. Dieser Bericht stellt wirklich eine Fundgrube an Material dar.

Der Antrag zum Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Gemeinderat Dir. Mag. Josef Hora

7.)

Jahresbericht 2007 der Kontrolle und Revision  
(gem. § 39 Abs. 3 StW.)  
MD-IR-2-2008

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Kontrollausschuss am 14.03.2008, der Gemeinderat möge den als Anlage 9 beigefügten Jahresbericht 2007 der Kontrolle und Revision zur Kenntnis nehmen.

GR. Lindlbauer: Der Jahresbericht 2007 bestätigt, dass in der Stabstelle Kontrolle und Revision in 65 Geschäftsfällen eine gute Arbeit geleistet wurde. Ich darf daher den Beamten bzw. den Mitarbeitern in dieser Stabstelle namens der SPÖ-Fraktion ein Dankeschön sagen. Danke!

GR. Baumgartner: Vor zwei Tagen, am Samstag, habe ich in einer Tageszeitung einen Artikel vom Kontrollamt in Wien gelesen. Dort stellte das Kontrollamt fest, dass ein leitender Mitarbeiter von „Wiener Wohnen“ eine Gehaltserhöhung von 28 % bekommen hat und darüber hinaus hat er sich als Dienstwagen noch einen Luxus-Geländewagen im Wert von 90.000 Euro, wenn ich mich recht erinnere, geleistet.

Meine Frage an den Herrn Bürgermeister richtet sich nun dahingehend, wie weit sich die Kontrolltätigkeit in Wels richtete, falls so etwas in Wels vorkäme. Ich nehme zwar nicht an, dass so etwas vorkäme, aber trotzdem stellt sich die grundsätzliche Frage, ob ihr Aufgabengebiet so weit abgesteckt ist, dass unsere Kontrolle ebenfalls solch einen Missbrauch, wie ich versucht zu sagen bin, aufdecken könnte.

Ich gehe einmal davon aus, dass das Welser Kontrollamt völlig unabhängig agieren kann. In diesem Zusammenhang stößt mir aber doch etwas ein bisschen eigenartig auf, und zwar die Tatsache, dass seit einiger Zeit die Sitzungen des Kontrollausschusses akkurat im Fraktionszimmer der SPÖ stattfinden. Das ist sicher nicht weiß Gott wie dramatisch, nur weiß ich nicht, ob es ein gutes Bild macht, wenn die Sitzungen des Kontrollausschusses im Fraktionszimmer der SPÖ stattfinden. Ich glaube, es würde sich im Magistrat schon auch ein neutraler Raum finden.

Dann würde ich noch in einem zweiten Punkt etwas näher um Auskunft ersuchen. In der Praxis spielt es sich so ab, dass sich die leitenden Beamten der Kontrollstelle schon eine Viertel oder eine halbe Stunde vor dem offiziellen Sitzungsbeginn im Sitzungssaal einfinden, nämlich zusammen mit den Mitgliedern der Sozialdemokratischen Fraktion, und die Mitglieder der anderen Fraktionen müssen vor der Tür warten, bis man sich sozusagen drinnen ausgesprochen hat. Bitte, welchen tieferen Sinn hat das? Gibt es diesbezüglich irgendwelche Vereinbarungen? Da passiert es dann beispielsweise, dass auch der Vorsitzende des Kontrollausschusses, Herr Direktor Hora, wie ein Schüler vor dem Konferenzzimmer warten muss, bis er den Sitzungssaal betreten darf. Dass ich als Freiheitlicher dort ebenfalls vor der Tür warten muss, das nimmt man offenbar als Selbstverständlichkeit an.

Einen dritten Punkt darf ich in diesem Zusammenhang auch noch anbringen. Ich gebe zu, dass es sich dabei um etwas mehr Persönliches handelt, nämlich das Rauchen bei den Ausschusssitzungen. Auch beim Kontrollausschuss befinden sich immer wieder ein oder zwei Leute, die sozusagen rauchen müssen. Ich persönlich habe leider ein medizinisches Problem, wenn zu viel geraucht wird; ich bekomme dann Schwierigkeiten mit der Luft. Mein Ersuchen oder meine Frage geht somit dahin, ob es nicht vom Bürgermeister aus möglich wäre, eine Regelung zu treffen, wonach in den Ausschusssitzungen nicht geraucht werden darf. Danke schön!

Bgm. Dr. Koits: Zunächst ist natürlich für die Beantwortung der einzelnen Fragen der Vorsitzende des Kontrollausschusses zuständig, aber ich kann natürlich am Schluss der Debatte ebenfalls noch etwas zum einen oder anderen Punkt sagen.

GR. Mag. Hora: Ich glaube, die Frage bezüglich Sitzungsraum war an mich gerichtet, aber für gewisse Dinge bin ich bestimmt der falsche Adressat. Grundsätzlich muss ich sagen, dass der Raum, wo wir Sitzungen abhalten, für mich keine besondere Rolle spielt.

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Das sollte man nicht so einfach sagen!

GR. Mag. Hora: Ja, natürlich! Abgesehen davon ist es nämlich so, wie man mir mitteilte, dass ich damit der Einzige bin, der an jenem Platz sitzen darf, den sonst der Fraktionsvorsitzende der SPÖ einnimmt.  
(Gelächter!)

Zwischenruf Vzbgm. Wimmer: Na, dann passen sie gut auf!

GR. Mag. Hora: Die anderen Dinge betreffen nicht nur speziell den Kontrollausschuss, sondern jeden Ausschuss. Ich fühle mich deshalb nicht als Ansprechpartner und darf deshalb diese Themen an sie, Herr Bürgermeister, weiterleiten.

Zwischenruf GR. Baumgartner: Ja, ich habe ohnehin auch den Herrn Bürgermeister gefragt!

Vzbgm. Wimmer: Jetzt haben wir aber keine Fragestunde! Lesen sie einmal die Geschäftsordnung!

Zwischenruf GR. Dr. Rabl: Was ist denn? Das war doch nur eine Wortmeldung!  
(Zwischenrufe!)

Bgm. Dr. Koits: Bitte, wir führen hier keine Dialoge oder dergleichen! Nach der Sitzung könnt ihr euch weiter unterhalten!

Vzbgm. Wimmer zur Geschäftsordnung: Herr Bürgermeister! Ich möchte dich in deiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gemeinderates fragen, ob wir uns jetzt in einer Fragestunde befinden bzw. ob ein Mitglied des Gemeinderates berechtigt ist, zwischendurch bei irgendeinem Tagesordnungspunkt Fragen allgemeiner Art an den Bürgermeister zu richten. Ist das so, dann werden wir dies als SPÖ-Fraktion in Zukunft ebenso entsprechend ausnützen.



Bgm. Dr. Koits: Wir sind grundsätzlich beim Tagesordnungspunkt 7, dem Jahresbericht 2007 der Kontrolle und Revision, das heißt, wir haben uns mit diesem Thema zu beschäftigen. Alle Fragen, die unter diesem Tagesordnungspunkt gekommen sind, werde ich dem Kollegen Baumgartner zur gegebenen Zeit beantworten.

Der Antrag zur Punkt 7. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, betreffend Nutzung erneuerbarer Energien und Erreichung des Passivhaus-Standards:

Vzbgm. Hochhauser: Wenn wir jetzt zum Sachantrag selbst kommen, möchte ich doch festhalten, dass sehr wohl ein Unterschied darin gegeben ist, ob wir nun ein Energiesparkonzept oder einen Energiebericht beschließen, wo sicher sehr umfassende Punkte enthalten sind oder ob wir uns, wie in unserem Dringlichkeitsantrag dargestellt, zu einer Maßnahme entschließen, die zwar im Rahmen von Überlegungen zum Energiesparen Platz greift, andererseits aber doch eine sehr gezielte Vorgangsweise festlegt.

Ich denke mir, dass es sehr wichtig ist – einige Beispiele wurden ja schon erwähnt – dass wir der Passivhaus-Bauweise mehr denn je die entsprechende Bedeutung schenken. Was diverse Neubaumaßnahmen betrifft, wurden ja schon Beispiele, die umgesetzt oder angegangen werden, erwähnt. Und ich teile hier die Auffassung des Kollegen Springer, wonach wir anhand verschiedener Zahlen nach außen hin unsere doch sehr gute Arbeit dokumentieren können. Natürlich sollten wir diese Zahlen auch als Benchmark verwenden.

Das neue Pensionistenheim, das wir in der Vogelweide errichten wollen, wurde in Zusammenhang mit der Passivhaus-Bauweise ebenfalls schon von allen erwähnt, die sich mit diesem Thema befassen. Wir werden mit diesem Neubau eine Energiekennzahl von 7,8 erreichen, und das ist wirklich eine Zahl, die allgemein herzeigbar ist. Allen, die sich mit diesem Heimbau beschäftigen – die Sozialreferentin, der Finanzreferent und natürlich auch der Bürgermeister wissen darüber Bescheid – ist hinlänglich bekannt, dass wir damit eine wirklich herzeigbare Arbeit leisten.

Diese Aufzählung lässt sich fortsetzen. Es ist der Neubau des Kindergartens Lichtenegg besonders zu erwähnen – auch darauf wurde heute schon hingewiesen – der ja letztlich sogar als „Sonnenkindergarten“ bezeichnet wurde und wird. Genauso werden wir den Neubau des Kindergartens in der Robert-Koch-Straße in Passivhaus-Standard vollziehen. Ebenfalls wurde heute die „Messehalle neu“ schon mehrmals erwähnt.

Unser Antrag richtet sich weiters an die Welser Heimstättengenossenschaft. Diese wird ebenfalls in einer weiteren Bauetappe die Passivhaus-Bauweise zur Anwendung bringen.

So denke ich mir, dass das alles Ziele sind, die unter Beweis stellen, dass hier nicht bloß von einem leeren Wort die Rede ist, sondern dass wir uns in Richtung Passivhaus-Standard sehr wohl stark engagieren wollen.

Ganz wichtig wird es aber auch sein, im Zuge von Sanierungsmaßnahmen alle Möglichkeiten, die sich in Richtung Energiesparen bieten, auszuschöpfen. Hier bietet sich doch ein Riesenpotenzial. Gerade jene Gebäude, die in den 60er- und 70er-Jahren des vorigen Jahrhunderts errichtet wurden – das wissen wir – entsprechen mit ihren Kennziffern bei weitem nicht dem, was sich heute im Zuge von Sanierungsmaßnahmen erzielen ließe. Hier wird viel innovativer Geist dahinterstehen müssen und natürlich wird das Ganze zu entsprechenden Möglichkeiten für die Bauwirtschaft führen. Persönlich liegt mir sehr viel daran, dass bei den anstehenden Gebäudesanierungen die technischen Möglichkeiten wirklich zum Tragen kommen. Hierbei geht es einerseits um die Hebung der Sparmöglichkeiten, andererseits um die Ausschöpfung der Effizienzmöglichkeiten beim Einsatz der Energieformen.

Ich denke mir, dass es sich alles in allem um den richtigen Weg handelt, den wir in diesem Bereich einschlagen. Dieser Dringlichkeitsantrag stellt eine Ergänzung zur Energiesparthematik dar, ist aber andererseits fokussiert auf den Neubau von Häusern in Passivhaus-Standard und auf die Sanierung von Häusern in Richtung dieses Standards.

GR. Dr. Rabl zur Geschäftsordnung: Ich beantrage, diesen Dringlichkeitsantrag dem Umweltausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftordnungsantrag von GR. Dr. Rabl auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages an den Umweltausschuss zur weiteren Beratung wird bei

gegen 11 Ja-Stimmen (ÖVP- und FPÖ-Fraktion)  
24 Nein-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits stellt anschließend fest, dass ihm zum Sachantrag keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und lässt sodann über den Sachantrag selbst abstimmen.

Der Sachantrag (Anlage 1) wird mit

bei 32 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
3 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Ing. Matzinger ist bei den o.a. Abstimmungen zum SPÖ-Dringlichkeitsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, betreffend Beschlussfassung einer Resolution an die Bundesregierung in Angelegenheit „verpflichtender Ethikunterricht“:

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Ich stelle namens meiner Fraktion den Antrag, diesen Dringlichkeitsantrag dem Kulturausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) an den Kultur-, Schul- und Kindergartenausschuss zur weiteren Beratung wird mit

32 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion)  
bei 1 Nein-Stimme (GR. Landauer)  
und 2 Stimmenthaltungen (GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)

angenommen.

GR. Ing. Matzinger ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion, betreffend „Energiezukunft Oberösterreich 2030“:

GR. Maitner zur Geschäftsordnung: Ich stelle auch hier namens meiner Fraktion einen Geschäftsordnungsantrag, nämlich auf Zuweisung dieses Dringlichkeitsantrages der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion an den Präsidialausschuss, weil dieser sozusagen eine Querschnittsmaterie betrifft.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Maitner auf Zuweisung gst. Dringlichkeitsantrages (Anlage 3) an den Präsidialausschuss zur weiteren Beratung wird mit

34 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Fraktion  
sowie GR. Anreitter und GR. Mag. Springer)  
bei 1 Nein-Stimme (GR. Landauer)

angenommen.

GR. Ing. Matzinger ist bei der Abstimmung über o.a. Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bürgerfragestunde:

Bgm. Dr. Koits: Es wurden zur heutigen Bürgerfragestunde drei Anliegen vorgetragen bzw. eingereicht und ich frage, ob die Fragesteller anwesend sind.

Nun, es ist niemand von den Fragestellern anwesend, sodass wir die Anfragen schriftlich beantworten werden.

Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich danke für die Mitarbeit und erkläre die Sitzung für geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: